

Jahresmedienkonferenz von economiesuisse

Dienstag, 23. März 2010

Es gilt das gesprochene Wort

Lage der Industrie, Währungsproblematik, Energie, Werkplatz und Finanzplatz

Johann N. Schneider-Ammann, Vizepräsident economiesuisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Lage der Industrie

Die Schweizer Wirtschaft hat sich 2009 im Vergleich zu anderen Ländern gut geschlagen. Das gilt selbstverständlich auch für die Industrie, wobei es innerhalb unseres Sektors durchaus auch unterschiedliche Entwicklungen gegeben hat. So konnte sich beispielsweise die Pharmaindustrie dem weltweiten Konjunkturreinbruch viel stärker entziehen als etwa die MEM-Industrie. Für die MEM-Industrie zeigen die Zahlen Einbrüche, wie sie noch nie verzeichnet wurden. Konkret:

Wenn wir für die gesamte MEM-Industrie von einem Auftragsrückgang von 25 Prozent reden, dann ist das ein Durchschnittswert. In gewissen Unterbranchen war der Einbruch deutlich grösser, da reden wir von 50 Prozent, von 60 Prozent. Und dennoch: Selbst in diesem vergangenen schlechten Geschäftsjahr hat die MEM-Industrie mit über 35 Prozent der Schweizer Exporte einen grossen Teil der industriellen Wertschöpfung in der Schweiz erbracht.

Mit Fug und Recht können wir behaupten: Grund für den Einbruch ist nicht, dass wir international heute weniger konkurrenzfähig wären als noch vor einem Jahr, oder anders gesagt: Wir haben nicht etwa Marktanteile verloren gegenüber unseren Konkurrenten aus Deutschland, Italien oder Japan. Weltweit ist der Einbruch unserer Industrie eine Folge der globalen Rezession.

In unserer Industrie hat sich die Exportentwicklung je nach Subbranche sehr unterschiedlich entwickelt, obschon die Tendenz klar negativ war. Auch innerhalb eines Segments unserer Industrie wie zum Beispiel dem Maschinenbau gibt es Unterschiede. Im Bereich Werkzeugmaschinen und Textilmaschinen beträgt der Exportrückgang im Jahr 2009 über 40 Prozent, während der Rückgang im Bereich Verpackungs- und Abfüllmaschinen etwas moderater ausgefallen ist (-17,9 Prozent).

Einige Lichtblicke sind bereits erkennbar. Aufgrund des starken Einbruchs sind diejenigen Sektoren, die zuerst von der Krise betroffen waren, auch die ersten, die sich langsam wieder etwas erholen können. Im letzten Quartal 2009 betrug der Rückgang beispielsweise bei den Textilmaschinen –6,3 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2008. Diese nicht mehr gar so schlechten Veränderungsdaten sind zwar sehr erfreulich, jedoch befindet sich dieser Sektor weiterhin auf sehr tiefem Niveau.

Wie sieht nun die Einschätzung der Exportindustrie für die nächsten zwölf Monate aus?

Gestützt auf unsere Quartalsumfrage bei den Swissmem-Mitgliedfirmen erwarten mehr als die Hälfte der befragten Firmen beim Auftragseingang aus dem Ausland für die nächsten zwölf Monate – das ist quasi der Exportausblick – eine bessere und mehr als ein Drittel der befragten Firmen immerhin eine gleiche Entwicklung.

Vor allem auf den asiatischen Märkten erwarten die Firmen positive Impulse. Für Hongkong/China erwarten rund 54 Prozent eine „bessere“ Exportaussicht und nur noch etwa sieben Prozent eine „schlechtere Entwicklung“. In ausgewählten europäischen Absatzmärkten wie zum Beispiel Spanien/Portugal ist hingegen nicht mit nennenswerten Impulsen zu rechnen. Über alle Märkte betrachtet, halten sich die Optimisten und Pessimisten in etwa die Waage. Damit wird deutlich: Wir haben uns gefangen, aber auf verhältnismässig tiefem Niveau. Dieser Stabilität müssen wir Sorge tragen, um darauf aufzubauen und uns für den Aufschwung bereit zu machen.

Die Währungssituation erschwert diesen Weg:

Währungsproblematik – Der schwache Euro: „Bei 1.50 sind wir fit“

Als ob die Bewältigung der weltweiten Rezession nicht schon genug wäre, hat sich jüngst auch noch der Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufgewertet. Im vergangenen Jahr bis Mitte Dezember 2009 lag der Euro-Kurs bei 1.51; unterdessen fiel er auf 1.44, zeitweise sogar darunter. Diese Aufwertung kommt in einem sehr ungünstigen Moment. Jetzt leidet auch noch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und es besteht die reale Gefahr, dass auf dem hart umkämpften Markt Anteile verloren gehen – notabene bei einem substanzial geringeren Marktvolumen.

Nun will ich aber nicht die Nationalbank auffordern, stützend einzugreifen. Dass sie in einem gewissen Masse die aktuelle Aufwertung des Schweizer Frankens gegenüber dem Euro zulässt, verstehen wir als einen Beitrag zur Vermeidung zukünftiger Inflation. Denn für uns ist klar, dass die enorme Liquidität, die im Nachgang zur Pleite von Lehman Brothers geschaffen wurde, rechtzeitig von der SNB wieder zurückgenommen werden muss, denn die Notenbankgeldmenge ist innert kürzester Zeit immerhin um mehr als das Zweieinhalbfache angestiegen. Mit der Abschöpfung dieser Liquidität soll vermieden werden, dass es nicht etwa in naher Zukunft, konkret sind rund zwei Jahre gemeint, zu einer Inflation kommt. Denn Inflation, verstanden als eine Jahresrate von über zwei Prozent, würde unserer Industrie erst recht das Leben schwer machen.

Deshalb bleibt uns nichts anderes übrig, im Sinne einer mittelfristigen Perspektive diese kurzfristig bittere Pille zu schlucken. Allerdings, und da mach ich auch kein Hehl daraus: Irgendwann ist dann die Schmerzgrenze wirklich erreicht. Aber das ist sich auch die SNB bewusst, wenn sie sagt, sie wolle eine „übermässige“ Aufwertung nicht zulassen. Stellt sich nur noch die Frage: Was ist übermässig? Und hier kann ich festhalten: Unsere Unternehmen sind zurzeit fit für einen Kurs bei 1.50. Was tiefer geht bedeutet Massnahmen, die helfen, die Produktivität zu steigern.

Da ist es wichtig, dass wir in anderen Bereichen nicht Sonderzüge fahren, und das bringt mich zur Energie- und insbesondere zur Klimapolitik:

CO₂-Gesetz: Kein Schweizer Alleingang in der Klimapolitik

Grundsätzlich dürfen wir mit Stolz einmal feststellen, dass die Schweiz als eines der wenigen Länder die Kyoto-Ziele erreichen wird. Und dies ist nur dank dem Beitrag der Wirtschaft überhaupt erst möglich geworden. Auf Basis der freiwilligen Massnahmen haben zahlreiche Unternehmen mit der Energieagentur der Wirtschaft konkrete Reduktionsziele vereinbart, so zum Beispiel auch mit der Zementindustrie. Allein die Schweizer MEM-Industrie hat ihre CO₂-Emissionen seit 1990 um 45 Prozent gesenkt.

Zu unserem grossen Erstaunen, aber auch Erschrecken haben wir nun vernommen, dass die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats (UREK-N) in der Revision des CO₂-Gesetzes Beschlüsse gefasst hat, die weit über die vom Bundesrat festgelegten Ziele hinausgehen. So soll die Reduktion der Treibhausgasemissionen um 20 Prozent gänzlich im Inland erfolgen und die Möglichkeit von Auslandkompensationen ist nicht mehr vorgesehen, wie dies der Bundesrat vorgeschlagen hat. Zudem soll der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, das Reduktionsziel sogar auf 40 Prozent zu erhöhen, sofern dieses im Einklang mit internationalen Vereinbarungen steht.

Wie diese Ziele erreicht werden sollen, hat die UREK-N weitgehend offengelassen. Wenn wir aber ältere Berechnungen des Bundes (etwa die Energieperspektiven des BFE) zurate ziehen, wird klar, dass eine so formulierte Zielsetzung mit substantiell höheren CO₂-Vermeidungskosten verbunden wäre als eine ausgewogene In- und Auslandstrategie. Gemäss den Energieperspektiven des Bundes müssten die fossilen Brenn- und Treibstoffe um mindestens 100 Prozent gegenüber den heutigen Preisen angehoben werden, um das Reduktionsziel auf diesem Weg erreichen zu können. Die Kosten zur Einsparung von einer Tonne CO₂ würden sich auf über 200 Franken belaufen. Zum Vergleich: Mit der gleichen Geldsumme könnten auf dem internationalen Markt über zehn Tonnen CO₂ vermindert werden. Ein solcher Weg kann weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll sein.

Diese Verschärfung der nationalen Klimaziele ist völlig ungeachtet des Ausgangs der Klimaverhandlungen in Kopenhagen vom Dezember 2009 erfolgt. Kopenhagen hat bekanntlich vorerst zu keinen verbindlichen Entscheiden geführt, die internationalen Verhandlungen ziehen sich weiter. In diesem Umfeld kommt der Entscheid der UREK-N letztlich einem schweizerischen Alleingang in der Klimapolitik gleich, selbst wenn die EU auch eine solche Zielsetzung formuliert haben soll. Erstens umfasst die EU eine grosse Anzahl Länder, sodass viel mehr Handlungsspielraum besteht, im sogenannten „Inland“ zu kompensieren. Und zweitens ist EU dann halt doch nicht die ganze Welt! Immerhin ein Drittel der MEM-Exporte werden ausserhalb der EU abgesetzt, und auch auf diesen Märkten stehen die Schweizer Industrieunternehmen mit bedeutenden Konkurrenten aus nicht EU-Staaten in Konkurrenz. Dagegen verwehren wir uns im Interesse des Schweizer Industriestandorts. In der Klimapolitik soll, muss und kann nur international abgestimmt vorgegangen werden. Ein Vorpreschen der Schweiz benachteiligt die hiesigen Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb und vermag den globalen Klimawandel nicht zu beeinflussen. Im Extremfall wird die Produktion an andere Standorte verlagert. Dann fallen die CO₂-Emissionen einfach woanders an, und wir verlieren auch noch unsere Industriearbeitsplätze. Die Schweiz muss ihre klimapolitische Verantwortung wahrnehmen, darf dabei aber nicht ihre Industrie opfern. Die Industrie hat ihre Hausaufgaben in der Vergangenheit gemacht. Wir unterstützen sogar im Wesentlichen die Vorschläge des Bundesrats für die Revision des CO₂-Gesetzes, nicht aber diesen Kurswechsel der UREK-N, denn er setzt ein Erfolgsmodell aufs Spiel.

Werkplatz und Finanzplatz

Ich will meine Ausführungen nicht schliessen, ohne meinerseits ein paar Bemerkungen zum Verhältnis des Arbeitsplatzes zum Finanzplatz gemacht zu haben. Zu billig ist es, immer wieder den Versuch zu unternehmen, einen Keil zwischen die beiden Sektoren zu treiben. Offenbar will man uns so sehen.

Die Swissmem kämpft für den Erhalt und die Stärkung des Denk- und Arbeitsplatzes Schweiz. Wir kämpfen nicht gegen jemanden. Wir sind hochgradig daran interessiert, im Finanzplatz einen seinerseits starken, nicht auf sich selbst absorbierten Partner zu wissen, dessen vornehmste Aufgabe es ist mitzuhelfen, dass die schweizerische Volkswirtschaft floriert und möglichst vielen Leuten in diesem Land Beschäftigung und Perspektive anbieten kann.

Als Industrielle sind wir gewohnt, langfristig zu denken. Unsere Vorinvestitionen amortisieren sich vielleicht in fünf, vielleicht auch erst in zehn und mehr Jahren. Wenn wir etwas nicht verstehen, dann ist es die Kurzfristigkeit, in der in Teilen der Finanzbranche immer wieder der Erfolg erzwungen werden will. Wissend, dass die Finanzindustrie für den Denk- und Arbeitsplatz Infrastrukturcharakter hat, gibt es keinen Weg an der Notwendigkeit und Tatsache vorbei, dass die beiden Handlungshorizonte besser aufeinander abgestimmt werden müssen.

Das schweizerische Bankkundengeheimnis ist nicht das Problem. Vielmehr geht es aus unserer Sicht darum, wie dieses angewendet wird. Mir scheint die Entwicklung mit OECD 26, „Weissgeld“ und Abgeltungssteuer ein verständlicher und für alle zielführender Weg zu sein. „Weissgeld“ heisst allerdings nicht mehr, als dass sich ein Einleger bekennen muss, dass er sein Vermögen deklariert hat. Damit ist die Verantwortlichkeit immer noch bei ihm alleine. Eine Beweislastumkehr darf daraus nicht entstehen. Und erklärt er sich nicht „clear and net“, hat er immer noch die Chance, dass er in die Abgeltungssteuer einwilligt. Soll auch dies nicht sein, so kann er künftig kein Kunde einer Schweizer Bank mehr sein. Kurz: Wir unterstützen die Bankiervereinigung in ihren Bemühungen, möglichst rasch und klar aus der momentanen Belagerungssituation herauszufinden.

Das Resultat der nationalrätlichen Debatte zur Abzockerei ist bekannt. Im Sommer wird wieder der Ständerat am Zug sein. Aus Sicht des Arbeitsplatzes ist weiterhin zielführend, wenn ein indirekter Gegenvorschlag griffig und parlamentarisch festgezurrert wird, sodass die Initiative im letzten Moment doch noch zurückgezogen werden kann. Die notwendigen Kurskorrekturen müssen dabei durchgesetzt werden und der Standort Schweiz darf sich dabei nicht unnötig einen Dauernachteil eingehandelt haben. Auch in dieser Sache ziehen der Werk- und Denkplatz am gleichen Strick wie der Finanzplatz, vertreten durch die Bankiervereinigung.